

Hans Mommsen

Der 20. Juli 1944 und die deutsche Arbeiterbewegung*

Vortrag von Prof. Dr. Hans Mommsen am 19. Juli 1985 im Otto-Braun-Saal der Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz in Berlin

Am 30. Januar 1933 musste die deutsche Arbeiterbewegung ihre bis dahin schwerste Niederlage hinnehmen. Sie kam in dieser Form unerwartet. Zwar bestand Klarheit darüber, dass die NSDAP von vornherein entschlossen war, die organisierte Arbeiterbewegung rücksichtslos zu unterdrücken - die militanten Auseinandersetzungen zwischen Formationen des Rotfrontkämpferbundes und des Reichsbanners mit der SA gaben einen bitteren Vorgeschmack -, aber es schien unmöglich, die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse mit einem Schlage auszulöschen. Man rechnete mit Organisationsverboten und der Illegalisierung der Bewegung. Selbst die KPD erwartete nicht, dass das neue Regime die Mittel der staatlichen Repressionspolitik ohne jede Einschränkung zur Anwendung bringen werde. Teile der SPD-Führung gaben sich immer noch der Illusion hin, dass die Partei, in Analogie zur Lage unter dem Sozialistengesetz, eine Schattenexistenz fortführen könne. Der Parteivorstand beschwor erneut das Festhalten an der Legalität, um dem Regime keinen Vorwand für ein Parteiverbot in die Hände zu spielen.¹

Die KPD sah sich, ohne dass ein förmliches Verbot der Partei erging, in der Nacht des Reichstagsbrandes endgültig in den Untergrund gedrängt. Gleichwohl forderte sie die Massen noch monatelang zu offenem Protest auf. Dies erleichterte es den Nationalsozialisten, die Reste der noch nicht zu konspirativen Techniken übergegangenen Organisation zu zerschlagen. Auch bei Teilen der SPD gab es noch bis zum Juli gegen den erklärten Widerstand des Exilvorstands Illusionen über Möglichkeiten öffentlicher Wirksamkeit. Indessen waren es im wesentlichen taktische Gründe, die die SPD bis zur Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes vor gleichartigen Unterdrückungsformen, wie sie die KPD erlitt, verschonten. An Verhaftungen und Misshandlungen sozialdemokratischer Funktionäre und gewaltsamen Übergriffen gegen Parteieinrichtungen hatte es gleichwohl nicht gefehlt.²

Die von einer Reihe von Einzelgewerkschaften entschieden abgelehnten Bestrebungen der reformistischen ADGB-Führung, sich durch offene Lossagung von der SPD und die Anlehnung an korporativistische Modelle in den neuen Staat hinüberzuretten, scheiterte ebenfalls. Mit der Bildung des Führerkreises der Vereinigten Gewerkschaften im April 1933 unter maßgebender Mitwirkung Wilhelm Leuschners, Jakob Kaisers und des den DHV (Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband) repräsentierenden Max Habermann kam es zum virtuellen Zusammenschluss der Richtungsgewerkschaften in einer Einheitsgewerkschaft - auf Kosten der SPD. Dieser Versuch, die drohende Zerschlagung der Organisationen zu unterlaufen und ein Arrangement mit dem

* Hierbei handelt es sich um eine überarbeitete Fassung des Vortrags.

neuen System, aber auch mit der NSBO (Nationalsozialistische Betriebsorganisation) zu suchen, ging von einer grundlegenden Fehleinschätzung des nationalsozialistischen Gegners aus. Die Anpassungsbereitschaft des ADGB endete mit der fatalen Anbiederung vom 1. Mai 1933, welche die Auflösung der Gewerkschaften, die Besetzung der Gewerkschaftshäuser und die Beschlagnahme des gewerkschaftlichen Vermögens nicht verhindern konnte. Damit war die organisierte Arbeiterbewegung, mit Ausnahme der in den Untergrund gegangenen Gruppierungen, endgültig zerschlagen, wenn man von der knappen Schonfrist, die den christlichen Gewerkschaften noch eingeräumt war, absieht.³

Anders als die Kommunisten, die ihr revolutionäres Credo durch die Errichtung der faschistischen Diktatur nur bestätigt sahen, waren die Sozialdemokraten einer tiefgreifenden Orientierungskrise ausgesetzt. Unter den gegebenen Umständen war ihr Bekenntnis zum parlamentarischen System bedeutungslos geworden; niemand vermochte sich vorzustellen, dass eine Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie in Kontinentaleuropa auch nur die geringste Aussicht hatte. Zugleich war ihnen das klassische Kampfmittel des demokratischen Sozialismus, die Mobilisierung des Massenprotests, aus der Hand geschlagen. Jedenfalls war die seinerzeit von Friedrich Engels empfohlene Strategie der revolutionären Ausnützung der Legalität⁴ in ihr Gegenteil verkehrt. Indem das neue Regime die einsetzende Repression formal legalisierte, war die Arbeiterschaft wider Willen in eine revolutionäre Kampfsituation hineingeworfen, ohne, infolge der stufenhaften Etablierung der autoritären Diktatur, einen strategischen Ansatzpunkt zum Massenwiderstand zu finden. Während der noch im April neu gewählte Parteivorstand, der nun in offenen Konflikt mit der sich institutionalisierenden Auslandsleitung trat, nicht zuletzt um der Freilassung der inhaftierten Funktionäre willen einen Anpassungskurs einschlug, setzte sich die Sopade, wie auch der Name bewies, mit einem betont kämpferischen und revolutionären Programm von der Inlands-SPD ab. Desgleichen lösten sich die zunächst in großer Zahl entstehenden Widerstandsgruppen von der alten Partei. Die wichtigste unter ihnen, „Neu Beginnen“, knüpfte reguläre Kontakte zum Prager Exilvorstand; die anderen Gruppen waren mit ihm durch Kuriere verbunden, solange es der Gestapo noch nicht gelungen war, die Grenzsekretariate der Sopade auszuheben.⁵

Es spricht für die Lebenskraft der sozialistischen Bewegung in Deutschland, dass der Verlust der Handlungsperspektive nicht in völlige Passivität umschlug, obwohl die widerspruchsvolle und unentschiedene Politik der Partei nach dem Papenschen Preußenputsch auf die Massen der Anhängerschaft desillusionierend gewirkt hatte.⁶ Allerdings löste die innenpolitische Entwicklung nach dem 30. Januar 1933 bei der Mehrheit der sozialdemokratischen Führung tiefe Resignation und Ratlosigkeit aus. Selbst Julius Leber, der allerdings in der Haft nur über unzureichende Informationen verfügte, glaubte vorübergehend, dass man Hitler eine Chance einräumen müsse, die soziale Frage zu lösen, an der die SPD gescheitert sei.⁷ Wäre nicht die Brutalität gewesen, mit der NSDAP- und SA-Funktionäre an den Gegnern in der Arbeiterbewegung Rache übten, hätten sich vielleicht viele von ihnen in die neuen Verhältnisse gefügt, wie dies ursprünglich für den reformistischen Flügel des ADGB galt. Die massive Verfolgung, die viele Arbeiterführer traf, verstärkte deren Ablehnung des NS-Regimes, zumal sich seit dem Sommer 1933 und vermehrt im Frühjahr 1934 ein Stimmungsumschwung gegen das Regime bemerkbar machte und sich rasch herausstellte, dass die sozialen Versprechungen der NS-Führung nicht in die Wirklichkeit umgesetzt wurden.

Sicherlich durchschauten die Arbeiterführer die nationalsozialistische Propaganda, die ständig die Existenz einer umfassenden Massengefolschaft suggerierte. Auch zeigten die Ergebnisse der Betriebs-, dann der Vertrauensrätewahlen, deren Abhaltung schließlich von Martin Bormann untersagt werden musste,⁸ dass die Masse der Industriearbeiterschaft keineswegs den Propagandaparolen der DAF erlegen war. Andererseits konnte die Auswirkung des, wie es Walter Ulbricht nannte, „seelischen Sozialismus“⁹ auf die Masse der arbeitenden Bevölkerung nicht unterschätzt werden, zumal die - allerdings nur durch die forcierte Aufrüstung erreichte - Überwindung der Massenarbeitslosigkeit Teile der Arbeitnehmerschaft für das Regime einnahm. Gerade die jüngere Arbeiterschaft, die während der Weltwirtschaftskrise infolge der Arbeitslosigkeit nicht mehr mit den gewerkschaftlichen Organisationen in Berührung gekommen war, ließ sich von den Sozialutopien des Regimes blenden. Zudem erwies es sich als äußerst schwierig, zuverlässige Informationen über die Haltung der Arbeiterschaft zu erlangen, wengleich die Sopade-Berichte gewisse Anhaltspunkte dafür gaben.¹⁰

Die unter konspirativen Bedingungen arbeitenden sozialistischen Widerstandsgruppen vermieden es im allgemeinen, Kontakte zu Vertretern der nicht emigrierten Mitglieder der alten Parteiführung zu knüpfen, zumal diese durch die taktische Anpassungspolitik bis zum Mai 1933 diskreditiert waren. Die meisten von ihnen zogen sich aus der politischen Arbeit zurück. Der aktive Widerstand wurde überwiegend von Sozialisten angeführt, die vor 1933 in Opposition zum Parteivorstand gestanden und vielfach die Partei verlassen hatten, um in die SAPD (Sozialistische Arbeiter-Partei Deutschlands) überzuwechseln. In der Regel wurden sie zusammen mit ihren Gruppen seit 1935/36 durch die Gestapo aufgerieben. Einzelne ihrer Führer konnten noch emigrieren; viele blieben dauernd in den Konzentrationslagern. Nur ausnahmsweise, wie im Falle von Carlo Mierendorff und Theodor Haubach, die sich um den Aufbau der illegalen Organisation des Reichsbanners bemüht hatten, stießen Vertreter des früheren sozialdemokratischen Widerstands zu der sich seit 1938 formierenden nationalkonservativen Opposition, deren Arbeit sie im Hintergrund aufmerksam verfolgten.

Die Gruppe derjenigen sozialdemokratischen Spitzenfunktionäre, die in den Monaten nach der Machtergreifung verhaftet und von Konzentrationslager zu Konzentrationslager geschleppt wurde, gelangte in der Regel, wenn überhaupt, erst wieder in Freiheit, als die Phase des aktiven sozialistischen Widerstands infolge der immer wirkungsvolleren Eingriffe der Gestapo beendet war. Nur ganz wenige Gruppen konnten sich, und dann empfindlich dezimiert, bis Anfang 1939 halten.¹¹

Andere, wie Emil Henk, erkannten frühzeitig die Sinnlosigkeit des halblegal geführten Widerstands der Reste der SPD und zogen sich zurück, ohne damit ihre prinzipielle Gegnerschaft gegen das NS-Regime aufzugeben. Anders als die im kommunistischen Widerstand tätigen Funktionäre, die sich in aller Regel sofort in den konspirativen Apparat eingliederten, zögerten die oppositionellen Sozialdemokraten aufgrund der in der Mitte der 30er Jahre gemachten Erfahrungen, ein konspiratives Netz aufzubauen, da dies regelmäßig zu Eingriffen der Gestapo geführt hatte. Deshalb gab es für sie auf diesem Wege keine Chance, das Regime wirkungsvoll zu schwächen. Sie bevorzugten statt dessen einen losen gesellschaftlichen Zusammenhalt zwischen ehemaligen Sozialdemokraten. Eine Ausnahme machte nur die Gewerkschaftsgruppe unter der Führung Leuschners, die bestrebt war, die Voraussetzungen für eine gewerkschaftliche Auffangorganisation zu legen. Sie

beschränkte sich jedoch auf die Fortführung persönlicher Kontakte zwischen ehemaligen Gewerkschaftsführern.¹²

Während sie sonst jede Form konspirativer Arbeit konsequent zerschlug, nahm die Gestapo diese Form des Zusammenhalts weitgehend hin, wobei sie über bemerkenswert gute Informationen verfügte.¹³ Kontakte zwischen Einzelpersonlichkeiten, also den Widerstand von Honoratioren, behandelte sie mit erstaunlicher Lässigkeit. Dies hing mit ihrem spezifisch gegen die politische Linke ausgerichteten Feindbild zusammen, das in erster Linie die KPD und die Inlandskontakte des Prager Exilvorstands betraf und sich mit einer Unterschätzung anderer oppositioneller Richtungen paarte. Es kam hinzu, dass man sich von jahrelanger KZ-Haft genügend erzieherische Wirkungen versprach, um von Sozialisten den Verzicht auf weitere oppositionelle Handlungen zu erwarten. Gleichzeitig aber machte sich das Paradox bemerkbar, dass innerhalb der unablässigen Rivalitäten und Machtkämpfe zwischen den Inhabern von politischen und administrativen Führungspositionen direkte Regimegegnerschaft schwer auszumachen war. Nur deshalb war es möglich, dass Leuschners Fabrik und Lebers Kohlenhandlung, um nur zwei Beispiele von vielen zu nennen, über Jahre hinaus zu konspirativen Kontaktzentren werden konnten. Gerade der nationalkonservative Widerstand entging der Aufdeckung durch die Sicherheitsorgane, weil er nicht professionell betrieben wurde, auf konspirative Techniken verzichtete und keine sensitiven Sicherheitsbereiche zu berühren schien. Es ist kennzeichnend, dass die ersten Einbrüche bei der Abwehr und - im Falle des Solf-Kreises - aufgrund von Auslandskontakten erfolgten.¹⁴ Charakteristisch war, dass die Gestapo bei jedweder Verbindungsaufnahme mit der illegalen KPD sofort zugriff, wie die Verhaftung Lebers und Reichweins zusammen mit der illegalen Reichsleitung der KPD im Vorfeld des Attentats zeigte.¹⁵

Es ist gleichwohl bemerkenswert, dass Sozialdemokraten wie Wilhelm Leuschner, Theodor Haubach und Julius Leber zum nationalkonservativen Widerstand stießen, obwohl sie, jedenfalls zunächst, mit verschärfter Gestapoüberwachung zu rechnen hatten. Auch Carlo Mierendorff nahm nach seiner 1938 erfolgten Haftentlassung, bei der möglicherweise Werner Best, den er aus seiner Darmstädter Zeit kannte, Hilfestellung geleistet hatte, Verbindungen zu dem Kreis um Helmuth von Moltke auf. Nachdem er schon zuvor Kontakte zwischen Leber und Leuschner vermittelt hatte, wurde er neben Haubach und Adolf Reichwein sowie Ernst von Harnack zu einer der wichtigsten Repräsentanten des Kreisauer Kreises, dessen Anfänge auf das Jahr 1940 zurückgehen.¹⁶

Die übergroße Mehrheit der Sozialdemokraten war jedoch viel zu isoliert, um Anschluss an die Berliner Oppositionszentren zu gewinnen, während sie auf lokaler Ebene enge Kontakte unterhielt und dem Regime überwiegend kritisch oder distanziert gegenüberstand. Auch der sozialdemokratische Freundeskreis, der sich im Umkreis Lebers nach dessen Haftentlassung bildete, hielt sich zunächst politisch zurück. Dies hing nicht nur mit der Überzeugung zusammen, dass auf absehbare Zeit an einen Umsturz des Regimes von innen nicht zu denken war. Es wirkte zugleich die tiefe Entfremdung zwischen der sozialdemokratischen Bewegung und den bürgerlichen Kräften nach, die trotz der konstruktiven Politik der Partei in der Weimarer Zeit nicht hatte überwunden werden können. Die Sozialdemokraten, die sich schließlich der Bewegung des 20. Juli aktiv anschlossen, waren in aller Regel Außenseiter, die auf dem rechten Flügel der Partei gestanden hatten und überwiegend bürgerlicher Herkunft und in der Mehrzahl Akademiker waren. Die

Vertreter der reformistischen Mitte fehlten ebenso, wie dies für die Repräsentanten der linksbürgerlichen Parteien im Widerstand allgemein gilt.¹⁷

Es ist für diese Konstellation kennzeichnend, dass von dem sich im Umkreis von Generaloberst Beck bildenden Verschwörerkreis zunächst nicht unmittelbar Kontakte zu Vertretern der politischen Arbeiterbewegung gesucht wurden und diese bis 1943 vergleichsweise flüchtig blieben. Dies hing auch damit zusammen, dass die später an der Verschwörung des 20. Juli 1944 beteiligten Sozialisten, vor allem der Kreis um Julius Leber, zwar relativ enge Beziehungen zu früheren Parteigängern aufbauten, aber zunächst abwarteten, ohne an eigene politische Aktionen zu denken. Die Beteiligung Mierendorffs, Haubachs und Reichweins an den frühen Beratungen des Kreisauer Kreises bedeutete eine gewisse Distanzierung von der herkömmlichen Sozialdemokratie. Auch beschränkte sich der Kreis ursprünglich auf Planungen nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Herrschaftssystems und befasste sich nicht mit der unmittelbaren Vorbereitung eines Umsturzes.

Die Kontaktaufnahme zum nationalkonservativen Widerstand erfolgte durch die Vermittlung der christlichen Gewerkschaftler, die seit 1933 mit Leuschner in enger Verbindung standen, wobei insbesondere Jakob Kaiser in den Vordergrund trat. Schon zuvor bestanden Beziehungen zu Goerdeler, die jedoch keine oppositionelle Färbung hatten. Leuschner selbst muss sich nach der Entlassung aus der Haft, in der er einen persönlichen Racheakt Robert Leys erblickte, gewissen Illusionen darüber hingegeben haben, die Gewerkschaften wieder ins Spiel zu bringen, wobei das Bestreben rivalisierender Parteikreise, Robert Ley auszuschalten, einwirkte.¹⁸ Leuschner übernahm 1937 nach dem Tode Theodor Leiparts die illegale Reichsleitung der Gewerkschaften. Diese stellte zwar mehr Anspruch als effektive organisatorische Verbindung dar, besaß aber einen gewissen Rückhalt bei ehemaligen Mitgliedern, die miteinander Kontakt hielten, zumal noch Rechtsansprüche im Zusammenhang mit den aufgelösten Gewerkschaften abzuwickeln waren. Auch scheint Leuschner die Deckung von Hermann Göring gegenüber der stets misstrauischen Gestapo besessen zu haben, die bezeichnenderweise gegen Jakob Kaiser in dem Moment ermittelte, in dem sie vermutete, dass dieser, möglicherweise via Leuschner, Beziehungen zur Sopade geknüpft hatte.¹⁹ Ob der Eindruck, den Emil Henk gewann, dass Leuschner auch später Verbindungen zu hochgestellten Persönlichkeiten im Regierungsapparat unterhielt, zutrifft, muss indessen einstweilen offen bleiben.²⁰ In jedem Falle besaß der Gewerkschaftsführer, vielleicht aufgrund von außenpolitischen Rücksichtnahmen, nach seiner Haftentlassung eine gewisse, allerdings durch die Gestapoaufsicht eng begrenzte, Bewegungsfreiheit.

Durch die christlichen Gewerkschaftler, namentlich Jakob Kaiser und Theodor Brauer, aber auch die Kölner Gewerkschaftsgruppe um Bernhard Letterhaus und Nikolaus Gross, kam ein Kontakt Leuschners mit Generaloberst von Hammerstein zustande, der den Ursprung seiner allerdings erst 1941 intensivierten Beziehungen zu Carl Goerdeler darstellte. Zum Zeitpunkt der Aufnahme einer dauernden Kooperation der Gewerkschaftsgruppe, zu der auch Max Habermann als Repräsentant des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes²¹ gehörte, dachte Leuschner keineswegs daran, sich selbst aktiv an einem Umsturzversuch zu beteiligen. Auch waren die nationalkonservativen Partner zu diesem Zeitpunkt zu einem regelrechten Staatsstreich noch keineswegs entschlossen. Sie strebten vielmehr eine Regierungsumbildung unter der Ausschaltung Hitlers, abgestützt auf eine vorübergehende Militärdiktatur, an. Erst das wiederholte Zögern der Militärs, die

von Goerdeler nachdrücklich verlangte Aktion zu unternehmen, brachte eine eigenständige zivile Widerstandsplanung in dem von ihm locker zusammengefügtten Kreis von Gesinnungsgenossen in Gang. Mit Goerdeler stimmte Leuschner in der Überzeugung überein, dass ein Umsturz nur im Wege eines militärischen Staatsstreichs erfolgen könne. Eine unmittelbare Beteiligung der Arbeiterschaft, etwa im Wege eines Generalstreiks, hielt Leuschner auch späterhin für gänzlich unrealistisch.

Leuschner und seine politischen Freunde, darunter Hermann Maass, der ehemalige Reichsgeschäftsführer der deutschen Jugendverbände, und Gustav Dahrendorf, hatten zunächst vornehmlich die Perspektive vor Augen, dass sich eine Situation wie im Dezember 1932 wiederholen könnte, in der der General von Schleicher das Experiment einer Gewerkschaftsachse angestrebt hatte. Für den Fall der Errichtung eines auf die militärische Macht gestützten autoritären Systems gedachte Leuschner, für die Gewerkschaften eine politische Schlüsselstellung zu verlangen. Noch immer glaubte man, das NS-System im Wege eines kalten Staatsstreichs, einer Ausschaltung Hitlers und gleichzeitiger Regierungsumbildung beseitigen zu können.²² Leuschner hatte 1939 mit dem Wort von Deutschland als „dem großen Gefängnis“ die Aussichtslosigkeit eines auf die Arbeitermassen abgestützten Widerstandes betont. Für den Fall eines erfolgreichen Militärputsches wollte er jedoch die notwendigen Vorbereitungen treffen, um die erstrebte Gewerkschaftseinheit zu verwirklichen.

Julius Leber hielt sich bis Ende 1943 noch weitgehend zurück, obwohl er Verbindungen zu Leuschner unterhielt und über ihn gelegentlich auch mit dem nationalkonservativen Widerstand in Berührung kam. Die Initiative zur Einbeziehung des Gewerkschaftskreises in die sich formierende nationalkonservative Opposition ging vielmehr von Carl Goerdeler aus, der ein starkes Interesse hatte, seine Position durch die Mitarbeit der Gewerkschaftler gegenüber der Verschwörergruppe um Ulrich von Hassell und Johannes Popitz zu stärken. Zugleich sprach dafür die bei Fühlungnahme mit dem Ausland hervortretende Erfahrung, dass die Berufung auf die Militärs unzureichend war und die Opposition einer breiteren innenpolitischen Abstützung bedurfte, wollte sie nicht Gefahr laufen, als Außenseitergruppe betrachtet zu werden.²³ Aber nicht minder wog, dass Goerdeler mit seiner Denkschrift „Das Ziel“ bei Johannes Popitz und Ulrich von Hassell auf scharfe Kritik gestoßen war und bei der Gewerkschaftsgruppe, die seinen verfassungspolitischen Auffassungen näher stand, verstärkt Anlehnung suchte.

Die Einbeziehung Leuschners und der christlichen Gewerkschaftler, darunter Jakob Kaiser, Bernhard Letterhaus, Nikolaus Groß und Josef Wirmer sowie von Max Habermann, veränderte das richtungspolitische Spektrum des Goerdeler-Kreises beträchtlich, so dass es eigentlich zutreffender wäre, von einem Goerdeler-Kaiser-Leuschner-Kreis zu sprechen. Leuschner deckte allerdings die Verbindungen, die er zu früheren Gewerkschaftlern und Sozialdemokraten unterhielt, nicht vollständig auf und zog im wesentlichen nur Maass als seinen Vertreter zu den Beratungen des Widerstandskreises hinzu. Ähnlich verhielt sich späterhin Julius Leber, der den hinter ihm stehenden sozialdemokratischen Freundeskreis aus den Beziehungen zu den nationalkonservativen Widerstandskreisen bewusst herausgehalten zu haben scheint.²⁴ Dies war um so verständlicher, als die Sozialisten ständig mit der Überwachung durch die Gestapo zu rechnen hatten. Indem sie die Beziehungen zu den bürgerlichen Partnern auf wenige Personen beschränkten, blieb eine nicht geringe Zahl ihrer Hintermänner nach dem Scheitern des Attentats den Verfolgern

unbekannt. Es ist aus dem gleichen Grund schwer abzuschätzen, wie weit das Kontaktnetz der Sozialisten auf regionaler Ebene ausgebaut war.²⁵

Die Vorstellungen des Goerdeler-Kreises sind überwiegend durch die Denkschriften Goerdelers überliefert, der ihnen eine ausgeprägt persönliche Note gab, wenngleich er eine beträchtliche Zahl von Beratern heranzog. Der Einfluss der Gewerkschaftler beschränkte sich zunächst darauf, die gewerkschaftspolitischen Zielsetzungen mit den Vorstellungen der nationalkonservativen Partner zu vermitteln. Zwischen Leuschner und Kaiser bestand Einigkeit darüber, dass ein Rückfall in „marxistische Klassengewerkschaften“ vermieden werden musste und dass die künftige Einheitsgewerkschaft alle abhängig Beschäftigten, damit auch die Angestellten und Beamten, umfassen sollte.²⁶ Sie griffen damit auf die Vorstellungen des Vereinigten Führerkreises zurück, übernahmen aber zugleich bestimmte Elemente der Deutschen Arbeitsfront, insbesondere die bei letzterer faktisch obligatorische Mitgliedschaft.²⁷

Goerdeler hatte ursprünglich erwogen, die DAF als solche bestehen zu lassen, und er hielt auch späterhin an der Einrichtung der Treuhänder der Arbeit fest. Unter dem Einfluss der Gewerkschaftler nahm er nun das Konzept der „Deutschen Gewerkschaft“ in das Neuordnungsprogramm auf, das in vieler Hinsicht an die Struktur der Deutschen Arbeitsfront anknüpfte. Die „Deutsche Gewerkschaft“ besaß das Vertretungsmonopol sämtlicher Arbeitnehmer und beruhte auf Zwangsmitgliedschaft. Es entsprach den wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen Goerdelers, dass die Einheitsgewerkschaft großenteils öffentliche Aufgaben übernahm, insbesondere die Arbeitslosenversicherung sowie den Arbeitsnachweis. Durch die Einbeziehung in die vorgesehenen Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft und in die Reichsständekammer wäre der „Deutschen Gewerkschaft“ eine sozial- und wirtschaftspolitische Schlüsselposition zugefallen.²⁸ Dies galt um so mehr, als Leuschner die Verstaatlichung der Grundstoffindustrien durchsetzte und zugleich die Gewerkschaft eigene Wirtschaftsbetriebe unterhalten durfte.²⁹

Diese Lösung war das Ergebnis eines mehrseitigen Kompromisses. Sie trug Goerdelers Absicht Rechnung, den Staat aus dem System der industriellen Arbeitsbeziehungen herauszuhalten und die Sozialleistungen ausschließlich den Vertretern der Arbeitnehmer zu übertragen. Die ausgeprägt korporativistischen Züge, die das Verfassungsmodell, insbesondere durch den Einbau einer gestuften berufsständischen Vertretung, aufwies, kam den Vorstellungen der christlichen Gewerkschaftler entgegen, die hierin von der katholischen Soziallehre beeinflusst waren.³⁰ Bei Leuschner dürften Reminiszenzen an das kriegswirtschaftliche System von 1917 und die gemeinwirtschaftlichen Modelle von Wissell und Moellendorff Pate gestanden haben.³¹

Im Grunde widersprach das Konzept der „Deutschen Gewerkschaft“ den Überlegungen des Kreisauer Kreises auf der ganzen Linie. Die darin enthaltenen zentralistisch-bürokratischen Elemente waren das exakte Gegenteil der von Moltke und Yorck zäh festgehaltenen Vorstellung, die Entstehung „wasserkopfartiger Organisationen“ gerade zu vermeiden.³² Es zeugt von Leuschners taktischem Geschick, dass er die Kreisauer zu dem Kompromiss zu bewegen vermochte, die „Deutsche Gewerkschaft“ als Übergangslösung zu akzeptieren, die Moltke freilich immer noch rückgängig zu machen hoffte. Das Konzept fand in den Anweisungen an die Landesverweser ausdrückliche Berücksichtigung.³³ In Kreisau favorisierte man demgegenüber die Idee der Betriebsgewerkschaft, die, in Analogie zur

nationalsozialistischen Betriebsgemeinschaft, aber mit dem Ziel der gleichberechtigten Beteiligung der Arbeitnehmer zugleich unter Anwendung des Prinzips der Gewinnbeteiligung Arbeitnehmer und Arbeitgeber auf Betriebsebene zusammenschließen sollte. Dieses Konzept war allenfalls auf Klein- und Mittelbetriebe anwendbar; es lief überdies auf eine schwerwiegende Einschränkung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer hinaus.³⁴

Die zentrale Frage, ob die künftigen Gewerkschaften auf der Durchführung von Arbeitskämpfen bestünden, blieb offenbar ausgeklammert. Leuschner scheint auch gegenüber Goerdeler die Frage der Tarifhoheit der Gewerkschaften nicht aufgeworfen zu haben, die sich schwerlich mit dem System der Treuhänder der Arbeit vereinbaren ließ. Die Planungen der Freiburger Nationalökonomien zur wirtschaftlichen Neuordnung negierten durchweg die Existenz von Gewerkschaften. Auch die nationalökonomischen Entwürfe von Kreisau abstrahierten vom System der Tarifautonomie und gingen von einer weitgehend staatlich beeinflussten Lohnfindung aus.³⁵ Goerdeler glaubte, die Gewerkschaften durch eine verantwortliche Beteiligung an den wirtschaftspolitischen Entscheidungen zu weitgehender Zurückhaltung an der Lohnfront bewegen zu können. Für sein sich dem Prinzip des *laissez faire* annäherndes wirtschaftspolitisches Denken war kennzeichnend, dass er es für notwendig hielt, die Wiederankurbelung der Wirtschaft durch die Senkung der Löhne und die Verlängerung der Arbeitszeit erreichen zu können.³⁶ Leuschner rechnete hingegen wohl damit, dass die weitgehenden Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften ihnen hinreichenden Einfluss auf die Lohnbildung gewährleisten würden. Völlige Übereinstimmung wurde in diesen Fragen, auch in Hinsicht auf die Sozialversicherung, nicht erreicht.³⁷

Die ungewöhnlich starke Berücksichtigung des Gewerkschaftsgedankens in den Neuordnungsplänen stieß auf den Widerstand des rechten Flügels der Verschwörer, insbesondere den Protest von Jens Jessen, Johannes Popitz und Ulrich von Hassell, die darin, gewiss nicht ganz unberechtigt, ein einseitiges interessenpolitisches Übergewicht erblickten.³⁸ Dass sich gleichwohl die Mehrheit der Verschwörer mit diesem Konzept abfand, hing mit der gemeinsamen Überzeugung zusammen, dass eine Überwindung des Klassenkonflikts und eine sozial gerechte Ordnung erreicht werden müssten. Die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur führten die meisten der Vertreter der Bewegung des 20. Juli auf die unzureichende Integration der Arbeiterschaft in den Staat zurück, wengleich sie höchst unterschiedliche Lösungen der sozialen Frage anvisierten. Die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften konnte daher schwerlich abgewiesen werden.

Andererseits war es keineswegs sicher, wie stark die Resonanz der Einheitsgewerkschaft bei der arbeitenden Bevölkerung sein würde. Leuschner vermochte seine Vorstellungen zugleich auch deshalb weitgehend durchzusetzen, weil er immer wieder versicherte, dass hinter ihm ein breites Netz von Verbindungsleuten stand, das die Organisation im Umsturzfall rasch wieder herstellen würde. Dies wurde freilich von Carlo Mierendorff und Julius Leber nachdrücklich bezweifelt. Mierendorff sprach abschätzig von einem „halben Bäckerdutzend Gröbels“, die Leuschner für die Führungspositionen vorgesehen habe.³⁹ In der Tat überrascht, dass Leuschner selbst Persönlichkeiten wie August Winnig, die sich längst von der SPD gelöst hatten und als Renegaten erschienen, heranzuziehen beabsichtigte. Andererseits war unter den konspirativen Bedingungen eine Rekrutierung des Führungspersonals überhaupt nur im Rückgriff auf das

Reservoir früherer Gewerkschaftsfunktionäre möglich. Selbst nach 1945 verfuhr man bei der Wiedergründung der Gewerkschaften nach diesem Rezept.

Das Verhältnis zwischen Leuschner und den Sozialisten im Kreisauer Kreis war jedoch trotz der nach außen herausgestellten Solidarität keineswegs frei von Spannungen und Rivalität. Leuschner war ursprünglich bestrebt gewesen, Goerdeler, der die Kontaktaufnahme zu früheren Vertretern der SPD anstrebte, von einer engeren Beteiligung Lebers an den Arbeiten des Kreises abzuhalten. Leber verhielt sich seinerseits misstrauisch und abwartend. Dabei spielte auch eine deutliche Skepsis über die Gewerkschaftspläne Leuschners mit. In der Sache bestand der Konflikt, der 1932/33 zwischen der ADGB-Führung und dem Parteivorstand der SPD in der Frage der Überparteilichkeit der Gewerkschaften aufgebrochen war, fort.⁴⁰

Im Grunde war daran gedacht, dass die vereinigten Richtungsgewerkschaften die politischen Organisationen der Arbeiterbewegung überflüssig machten. Denn der Kompromiss, den Goerdeler mit der Gewerkschaftsgruppe eingegangen war, ließ im Grunde keinen Raum für eine Wiederbelebung der SPD. Dies berührte sich mit der grundsätzlichen Frage, welche Rolle politische Parteien im künftigen Staatsaufbau einnehmen sollten. Goerdeler, der sich hierin nicht grundsätzlich von den Auffassungen des Kreisauer Kreises unterschied, wollte die Rolle der Parteien möglichst zurücktreten lassen und die Wiedererstehung nationaler zentralistischer Parteiapparate unterbinden, da deren Mitwirkung an der politischen Willensbildung im Widerspruch zum Prinzip der Selbstverwaltung stand, das die tragende Säule des angestrebten Staatsaufbaus bildete. Er war in dieser Frage allerdings unsicher und dachte vorübergehend daran, die Bildung eines Dreiparteiensystems nach englischem Vorbild zuzulassen. Jakob Kaiser fasste die Schaffung einer breiten sozial orientierten Volkspartei überkonfessionellen Charakters ins Auge, eine Reminiszenz an Adam Stegerwalds Essener Programm von 1920.⁴¹ Der Hintergrund seines Vorschlags war, eine breite Arbeitnehmerorganisation nach Art der Labour Party zu schaffen. Dies berührte sich mit Erwägungen Habermanns, Parteien auf berufsständischer Grundlage zu bilden.⁴²

Leuschner maß dem Prinzip der Gewerkschaftseinheit wesentlich größere Bedeutung bei als dem Gedanken, die Spaltung der Arbeiterbewegung auf der Ebene des Parteiensystems zu überwinden, dessen Zersplitterung allgemein als einer der Gründe für die Funktionsunfähigkeit des Weimarer parlamentarischen Systems angesehen wurde. Ebenso wenig erwarteten die Gewerkschaftler das Wiederauftreten einer starken kommunistischen Partei. Erst seit 1943 setzte sich allmählich die Erkenntnis durch, dass im Umsturzfall mit den früheren politischen Kräften, darunter der KPD, gerechnet werden musste. Auch die Sozialisten im Kreisauer Kreis waren auf der Suche nach Alternativen zu dem herkömmlichen, nach Klassenlinien aufgespaltenen Parteiensystem, so sehr sie an der Solidarität unter den ehemaligen Sozialdemokraten festhielten.

Helmuth James von Moltke, der spiritus rector des Kreisauer Kreises, strebte eine grundlegende gesellschaftliche und politische Neuordnung auf der Grundlage seines Konzepts der „kleinen Gemeinschaften“ an. In der Sache stellte das eine konservative Variante des Rätessystems dar und strebte einen Aufbau von Staat und Gesellschaft in einem föderativ-dezentralistischen Sinne an.⁴³ Maßgebende Vertreter des Kreisauer Kreises, darunter Pater Alfred Delp und Adam von Trott zu Solz, gingen von der Erwartung aus, dass die vorzubereitende Neuordnung einen grundlegenden sozialen Ausgleich bringen werde, obwohl sie, teilweise von

neokonservativen Ideengängen beeinflusst, dem Begriff des Sozialismus unterschiedliche Bedeutung beimaßen. Vor allem Peter Graf Yorck von Wartenburg hoffte, zu einer weitgehend sozialistisch geprägten Gesellschaftsform gelangen zu können, die jedoch hinreichenden Raum für die personale Entfaltung des Einzelnen ließ und dem Prinzip der Subsidiarität folgte.

Moltke war von vornherein bestrebt gewesen, Vertreter der Arbeiterschaft an den Beratungen des Kreisauer Kreises zu beteiligen. Mit Mierendorff, Haubach, Reichwein und Ernst von Harnack gewann er Gesinnungsgenossen, die sich als Intellektuelle bürgerlicher Herkunft eher am Rande der Arbeiterbewegung befunden hatten. Nur Mierendorff hatte als Pressereferent Leuschners in Hessen eine unmittelbare Tätigkeit innerhalb der SPD ausgeübt. Zusammen mit Haubach gehörte er zu dem Kreis der „Neuen Blätter für den Sozialismus“, die seit 1929 starkes öffentliches Aufsehen erregten, aber außerhalb des offiziellen Spektrums der SPD standen.⁴⁴ Reichwein war erst 1930 der SPD beigetreten. Insbesondere Haubach näherte sich zunehmend christlich-sozialistischen Vorstellungen.⁴⁵ Emil Henk, der mit Mierendorff in engem Gedankenaustausch stand, hielt sich im Hintergrund.

Zusammen mit Mierendorff war Moltke bestrebt, Leuschner für die Ideen des Kreisauer Kreises zu gewinnen. Indessen scheiterte dies auf der ganzen Linie. Neben Sachkonflikten, die zwischen ihnen bestanden, trennte sie eine fundamentale Verschiedenheit des politischen Denkens. Für den Gewerkschaftsführer, der vornehmlich den pragmatischen Kategorien organisatorischer Macht folgte und theoretischen Fragen wenig Aufmerksamkeit widmete, musste Moltkes grundlegendes Konzept der „kleinen Gemeinschaften“ unverständlich bleiben. Ein förmlicher Bruch zwischen beiden Persönlichkeiten konnte jedoch vermieden werden. Mierendorff, der vermittelte, erreichte es wenigstens, dass Hermann Maass, der enge Vertraute Leuschners, als eine Art Verbindungsmann fungierte.⁴⁶ Mierendorff, der Ende 1943 bei einem Bombenangriff umkam, wurde von Moltke nahezu als unersetzlich angesehen, da er einerseits seinen Ideen eng verbunden war, andererseits bei den Sozialdemokraten im Umfeld der Verschwörung durchweg größtes Ansehen besaß. Moltke versuchte die Lücke, die Mierendorffs Tod hinterließ, durch die Heranziehung Julius Lebers, dem er bezeichnenderweise den Decknamen „Neumann“ beilegte, zu füllen. Dieser verhielt sich jedoch reserviert und zurückhaltend. Moltke äußerte sich enttäuscht darüber und gab die Hoffnung nicht auf, Leber doch noch für die Kreisauer Vorstellungen zu gewinnen.⁴⁷ So sehr Leuschner mit der sozialen Grundeinstellung Moltkes und Yorcks sympathisierte, so wenig behagten ihm die esoterisch anmutenden Züge des Kreisauer Programms, insbesondere die Erwartung eines aus der Niederlage des Dritten Reiches hervorgehenden epochalen Neubeginns. Sein auf Handeln gerichtetes Temperament und sein demokratisches Jakobinertum standen in deutlichem Kontrast zu den kontemplativen Zügen, die den Planungen des Kreisauer Kreises ursprünglich anhafteten.⁴⁸

Moltkes Werben um Leber erfolgte zu einem Zeitpunkt, an dem sich die militärische Niederlage an der Ostfront bereits klar abzeichnete. Moltke war realistisch genug um zu erkennen, dass eine Neuordnung nach dem militärischen Zusammenbruch des Dritten Reiches auf den Machtzuwachs der Sowjetunion Rücksicht zu nehmen hatte. In seiner an die Adresse der englischen Regierung gerichteten Denkschrift vom Dezember 1943⁴⁹ beschwor er, unter Hinweis auf die Gründung des Bundes deutscher Offiziere in Moskau, die Gefahr einer „kommunistisch-bolschewistischen Entwicklung Deutschlands“ und der Entstehung eines deutschen

Nationalbolschewismus. Er hielt daher eine Regierung, die „gegenüber der Arbeiterschaft und ihren kommunistischen Tendenzen nicht von vornherein in aussichtsloser Lage“ operieren würde, mit sehr starkem linken Flügel und einer Abstützung auf „sozialdemokratische und Gewerkschaftskreise“ für unerlässlich. Er wurde in dieser Ansicht insbesondere von Adam von Trott zu Solz und Fritz-Dietlof von der Schulenburg nachdrücklich unterstützt. In dieser, allerdings nur indirekt überlieferten Stellungnahme Moltkes, die jedoch durch entsprechende Äußerungen im Briefwechsel mit seiner Frau gestützt wird, zeichnete sich insofern ein Gesinnungswandel ab, als Moltke ursprünglich die Arbeiterschaft einbeziehen, aber nicht an die früheren sozialistischen Organisationen anknüpfen wollte.

Es spricht vieles dafür, dass die Sozialisten im Kreisauer Kreis, von denen Mierendorff in enger Verbindung mit Leber stand, am frühesten auf die Eventualität einer Bolschewisierung Deutschlands hingewiesen haben.⁵⁰ Unter diesen Bedingungen kam der Mitarbeit der Vertreter der Sozialdemokratie großes Gewicht zu. Aber auch unabhängig von dieser veränderten außenpolitischen Lageeinschätzung waren sowohl Moltke wie Goerdeler bestrebt, deren Mitwirkung zu erreichen, weil sie - angesichts der alliierten unconditional surrender-Forderung - nur dadurch einen hinreichenden Rückhalt bei der Bevölkerung zu gewinnen hoffen konnten. Zugleich ging von den Sozialisten, in erster Linie von Mierendorff, die Initiative zu einer engen Zusammenarbeit der einzelnen Widerstandsgruppen aus. Dies galt um so mehr, als seit 1942 klar war, dass man nicht auf die militärische Niederlage, deren Folgen unabsehbar waren, warten konnte, sondern alles tun musste, um den angestrebten Staatsstreich der Militärs politisch abzustützen. Tatsächlich sind die Pläne zur verfassungspolitischen Absicherung der Umsturzregierung, die sowohl von Goerdeler wie von Kreisau vorgelegt wurden, bei unterschiedlichen Ausgangspunkten gegenseitig beeinflusst worden.⁵¹

Der Ende 1943 gefällte Entschluss, zu einer gemeinsamen Plattform für die Bildung der Umsturzregierung zu kommen, bewirkte eine Verwischung der bis dahin deutlich getrennten Konturen der beiden mit der politischen Planung befassten Widerstandsgruppen. Während Goerdeler bis dahin die zivile Opposition gegenüber der Generalität im wesentlichen allein vertreten hatte, nahmen Leuschner und einige der christlichen Gewerkschaftler, aber auch Maass und Leber, direkten Kontakt mit Stauffenberg auf. Das Misstrauen, das Goerdeler darüber empfand, schlug sich in der in der Sache unzutreffenden Feststellung der Kaltenbrunner-Berichte nieder, dass „die illegale S.P.D. und die Gewerkschaften über Goerdeler hinweg selbst zur Macht gelangen wollten“.⁵² Stauffenbergs unmittelbares Interesse an den Vertretern der Sozialisten ist vielfach bezeugt. Indessen mangelte es auf deren Seite nicht an Berührungspunkten, wie die Reaktion von Maass auf ein Exposé von Stauffenberg zeigt.⁵³ Auch deshalb kam der von Schulenburg erstrebte und vermittelte direkte Kontakt zwischen ihm und Leber erst Ende 1943 zustande.⁵⁴

Zwischen dem nüchtern-sarkastisch denkenden Generalstabsoffizier und dem ehemaligen Lübecker Parteiführer stellte sich spontan ein ungewöhnlich enges Vertrauensverhältnis her. Lebers militärische Vergangenheit trug dazu bei, die ursprünglich unüberbrückbar erscheinende Kluft zwischen beiden Persönlichkeiten zu überwinden. Stauffenberg schätzte Leber als kongenial ein und neigte dazu, dessen politische Begabung über zu bewerten. Er glaubte, in ihm den Volksführer gefunden zu haben, der in der Lage sein werde, den von ihm als tragisch empfundenen Zwiespalt zwischen Armee und Arbeiterschaft, wie er 1918 offen aufgebrochen war, zu überwinden. Stauffenberg wollte eine Neuauflage des bloßen

Militärputsches unter allen Umständen vermeiden und Leber bestärkte ihn in dieser Überzeugung. Er hoffte, mit Leber die nach dem Umsturz notwendige politische Integration bewerkstelligen zu können. Beide Persönlichkeiten stimmten in der realistischen Beurteilung der dahinschwindenden außenpolitischen Chancen des Umsturzes überein. Vor allem aber erkannten sie die Notwendigkeit unbedingten Handelns unter Einschluss des Attentats auf Hitler, dem Goerdeler, ursprünglich auch Leuschner, äußerst skeptisch gegenüberstanden.⁵⁵

Anders als Leuschner, der vorwiegend darum bemüht war, den Neuaufbau der Gewerkschaften für den Fall der militärischen Niederlage oder einem durch die Militärs bedingten Systemwechsel sicherzustellen und im Unterschied zu Goerdeler, der über die Etablierung einer provisorischen Regierung hinaus ein verfassungs- und gesellschaftliches Konzept, das keineswegs nur für den Übergang gedacht war,⁵⁶ für notwendig hielt, stand Leber voll hinter Stauffenberg. Verglichen mit Helmuth von Moltke, der einen Umsturz durch die Militärs zwar bejahte, aber die politischen Konsequenzen eines Attentats aus grundsätzlichen, keineswegs primär moralischen Erwägungen heraus nicht oder noch nicht zu ziehen bereit war, stand Leber vorausschauenden Planungen skeptisch gegenüber. Ihm erschien die unverzügliche Beseitigung des NS-Systems wichtiger als die Erörterung langfristiger Neuordnungspläne. Er plädierte für ein Bündnis aller überlebensfähigen Kräfte, war sich aber zugleich bewusst, dass man bei künftigen politischen Gestaltungen mit den Kräften der Emigration zu rechnen hatte.⁵⁷

Lebers Politik traf sich mit derjenigen Mierendorffs darin, dass er eine Hervorhebung der sozialistischen Zielsetzungen im Programm der Übergangsregierung sowie die politische Aktivierung der Bevölkerung für unerlässlich hielt. Mierendorff hatte schon im Juni 1943, parallel zu der gleichzeitigen dritten Kreisauer Tagung, einen Aufruf zur Schaffung einer „Sozialistischen Aktion“ verfasst, der zumindest in der Intention mit Moltke und Yorck abgesprochen war, aber bei einzelnen Kreisauern, darunter auch bei Haubach, auf Widerspruch traf.⁵⁸ Haubach, der sonst zustimmte, kritisierte die Einbeziehung der Kommunisten in den vorgesehenen Aktionsausschuss. Leber widerstrebte die Betonung christlicher Prinzipien. Aber grundsätzlich stimmten sie in dem Gedanken, die Bevölkerung an dem Umsturz aktiv teilnehmen zu lassen und diesem nationalrevolutionäre Züge zu verleihen, überein.

Im Zusammenhang mit diesen Plänen kam es im November 1943 vorübergehend zu einem tiefgreifenden Zerwürfnis zwischen Moltke und Mierendorff,⁵⁹ das wenig später äußerlich beigelegt und durch Mierendorffs Tod nicht mehr inhaltlich ausgetragen wurde. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Persönlichkeiten standen offenbar im Zusammenhang mit Lebers Eintreten für die Linie Stauffenbergs und einer zur gleichen Zeit hervortretenden Fraktionsbildung unter den Sozialisten. Moltkes Befürchtung, dass dadurch die „Grundsätze“ geopfert würden, bezieht sich wohl auf die von Leber geforderte pragmatische Linie, die die Durchführung des Attentats einschloss.⁶⁰ Mierendorff selbst suchte einen Kompromiss zwischen den Kreisauer Prinzipien, die von dem vollständigen Zusammenbruch des Systems und der militärischen Niederlage des Reiches ausgingen und den Erfordernissen einer unmittelbaren Aktion, die eine Berücksichtigung der vorhandenen politischen Kräfte verlangten. Er rechnete im Umsturzfall durchaus mit aktivem Widerstand von Seiten nationalsozialistisch indoktrинierter Teile der Bevölkerung.⁶¹

Mit dem Plan, eine überparteiliche Volksbewegung zu schaffen, löste sich der nationalkonservative Widerstand von der ursprünglich dominierenden obrigkeits-

staatlich-autoritären Perspektive eines Regierungsumschwungs an der Spitze und dem Kreisauer Konzept eines grundlegenden Neuanfangs auf der Grundlage der sich spontan auf lokaler und regionaler Ebene bildenden „kleinen Gemeinschaften“. Die Initiative dazu ging von Leber und Mierendorff aus und sie fand die Zustimmung der übrigen Kreisauer Sozialisten, wobei die Beteiligung der illegalen KPD beziehungsweise die Einbeziehung von „nicht Moskauhörigen Kommunisten“⁶² strittig blieb. Die führenden Repräsentanten des Kreisauer Kreises, insbesondere Moltke und Yorck, setzten sich für eine „überparteiliche Volksbewegung“ ein, die sie nicht als zentral gelenkte Massenbewegung, sondern als Zusammenschluss aller verantwortungsbewussten Kräfte im Sinne der von Moltke angestrebten neuen politischen Elite aus allen sozialen Schichten auffassten.⁶³ Goerdeler dachte mit der für ihn bezeichnenden gouvernementalen Färbung an eine von Seiten der Regierung gesteuerte Organisation. Sie sollte nach dem Umsturz von oben her gegründet werden und die Grundlage für die spätere Bildung von Parteien darstellen. Die Gewerkschaftsgruppe erblickte in der demokratischen Volksbewegung vor allem ein Instrument der politischen Integration, wobei Leuschner den christlichen Gewerkschaftlern in der Frage der christlichen Akzentuierung des Programms der Volksbewegung weit entgegenkam, was scharfe Proteste von Seiten Lebers auslöste, der gegenüber Leuschner und Kaiser geltend machte, dass er „nicht zulassen werde, auf Kosten der gewünschten Einigkeit wichtige Grundsätze der alten Sozialdemokratie einfach über Bord zu werfen“.⁶⁴ Hingegen rückte die Volksbewegung bei Leber und Mierendorff durchaus in eine nationalrevolutionäre Perspektive. Beide dachten an „eine Art neuer Volksfront auf der Grundlage aller überlebenden und lebensfähigen demokratischen Kräfte“, wobei Mierendorff von vornherein die Beteiligung der KPD für notwendig hielt, während Leber diese Frage offen ließ.

Neben den rasch aufbrechenden Konflikten über die programmatische Ausrichtung der Volksbewegung, die vor dem Attentat nicht mehr bereinigt wurden, rückte die Frage in den Vordergrund, ob Goerdeler als Regierungschef angesichts der veränderten innenpolitischen Situation überhaupt noch tragbar sei. Insbesondere der linke Flügel der Kreisauer machte beträchtliche Vorbehalte gegen Goerdeler geltend, die gelegentlich bis zu unverhüllten Warnungen vor dessen angeblich „reaktionärer“ Einstellung reichten. Teilweise beruhte dies auf Missverständnissen. Das verfassungspolitische Programm des Goerdeler-Kreises unterschied sich keineswegs grundlegend von dem der Kreisauer, in denen allerdings das föderative Moment wesentlich stärker ausgeprägt war. Auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht gab es weitgehende Übereinstimmungen, wenngleich Goerdeler wesentlich stärkeres Gewicht auf die Erhaltung des privatwirtschaftlichen Systems legte. Immerhin hatte er der gewerkschaftlichen Forderung nach der Verstaatlichung der Grundstoffindustrie entsprochen, während die Kreisauer einen Kompromiss in der Gewerkschaftsfrage eingegangen waren.

Es war vor allem die entschiedene Ablehnung sozialstaatlicher Prinzipien durch Goerdeler, die auf die Kritik der Kreisauer traf, die dem neuen Gemeinwesen sozialistische Züge beigeben wollten. Dieser Intention entsprachen indessen nicht die Vorschläge ihrer nationalökonomischen Berater, deren Auffassungen sich weitgehend mit den Vorstellungen des Goerdeler-Kreises deckten. Letzteres war insoweit nicht verwunderlich, als sie ganz ähnlich wie der mit Goerdeler im Gedankenaustausch stehende Freiburger Kreis um Constantin von Dietze unter dem Einfluss des Ordoliberalismus standen und für die Beseitigung der

nationalsozialistischen Kontingentierungswirtschaft und die Wiederherstellung des „freien Spiels der Kräfte“ eintraten.⁶⁵ Übereinstimmend mit Goerdeler hielt diese Gruppe das System der Arbeitslosenversicherung für gescheitert. Sie wollte die gesamtwirtschaftliche Produktivität in erster Linie über die Regulierung der Arbeitszeit, damit auch durch die Abkehr vom Achtstundentag, vornehmen. Günter Schmölders schlug ein Nebeneinander von privatem und staatlichem Wirtschaftssektor vor, wobei der letztere durch ein niedrigeres Lohnniveau und ungünstigere Arbeitsbedingungen die Entfaltung des privaten Sektors nicht in Mitleidenschaft ziehen sollte. Auch der Gedanke eines Arbeitsdienstes zur Abschöpfung eines ungenützten Arbeitskräftepotenzials an Stelle staatlicher Unterstützungsleistungen war von ihm ins Auge gefasst.⁶⁶

Die meisten wirtschaftspolitischen Berater der nationalkonservativen Opposition standen in der Nachfolge Walter Euckens. In vielfältiger Hinsicht antizipierten ihre Vorschläge die 1948 in der Bundesrepublik angestrebte soziale Marktwirtschaft.⁶⁷ Anders als Goerdeler waren sie durchaus Anhänger der großindustriellen Produktion, wenngleich sie wie dieser für einen Ausbau der Kartellgesetzgebung eintraten, um eine freie Unternehmerwirtschaft zu erhalten. Goerdeler stand hingegen der mittelständische Betrieb, wie er in Württemberg dominierte, als Modell vor Augen. Er berührte sich hierin mit Vorstellungen, wie sie Fritz-Dietlof von der Schulenburg vertrat. Zwar war er nicht so weltfremd, die bestehenden großstädtischen Strukturen weitgehend beseitigen zu wollen; wohl aber dachte er daran, eine Genehmigungspflicht für die Neuansiedlung von Großbetrieben einzuführen, um so die Expansion industrieller Ballungsgebiete einzudämmen.⁶⁸ Schulenburgs radikale Abkehr vom Prinzip des Daseinsvorsorgestaates ist ein Indikator dafür, wie sehr das Denken vieler der Verschwörer von den Bedingungen der großindustriellen Arbeitswelt abstrahierte.

Die unterschiedlichen Auffassungen über die anzustrebende Sozial- und Wirtschaftspolitik spielten jedoch bei dem aufbrechenden Konflikt zwischen Goerdeler einerseits und den Kreisauern sowie den politischen Beratern Stauffenbergs andererseits keineswegs eine ausschlaggebende Rolle. Vielmehr war es die an manchesterliberale Ideen anklingende Terminologie Goerdelers, die provozierte und die ihm sowohl von dem von Yorck repräsentierten linken Flügel der Kreisauer wie von dem zum rechten Flügel der Verschwörung gehörenden Ulrich von Hassell den Vorwurf eintrug, ein „Reaktionär“ und ein einseitiger Vertreter der Großindustrie zu sein, was in dieser Form unberechtigt war.⁶⁹ Der sich hier abzeichnende richtungspolitische Gegensatz wurde jedoch dadurch grundlegend verschärft, dass führende Vertreter des Kreisauer Kreises - Moltke sprach von einer „Kerenski“-Lösung⁷⁰, aber auch Claus Graf Stauffenberg es nicht mehr für opportun hielten, Goerdeler zum Regierungschef zu machen, da dieser der Einbeziehung von Linkssozialisten und gegebenenfalls von Kommunisten grundsätzlich widerstrebte.⁷¹

Leuschner zeigte sich indessen nicht bereit, auf die Aufforderung durch Stauffenberg einzugehen und selbst die Kanzlerschaft anzustreben. Persönliche Loyalität gegenüber Goerdeler, aber auch die Erwägung, die Kräfte der Arbeiterbewegung nicht durch eine zu prominente Beteiligung am Übergangskabinett vorzeitig zu verbrauchen, veranlassten ihn zu dieser Entscheidung. Da auch Leber zögerte, blieb es offenbar bei der ursprünglich vereinbarten Zusammensetzung des Kabinetts, in dem das Gewicht der Sozialisten mit Leuschner als Vizekanzler und Leber als Innenminister ungewöhnlich stark war. In einzelnen Personalfragen, so etwa der Bestellung Haubachs als Pressechef der Umsturzregierung, übte Leuschner

massiven Druck auf Goerdeler aus. Dies zeigt, dass der Einfluss Goerdelers in den letzten Monaten vor dem Attentat deutlich zurückging, zumal sich Stauffenberg nicht einfach als Vollstrecker des Willens der zivilen Verschwörer begriff, sondern eigenständige Vorstellungen vertrat.⁷²

Die richtungspolitischen Konflikte, die in der letzten Phase der Umsturzvorbereitungen auftauchten, müssen auch vor dem Hintergrund der nervlichen Anspannung gesehen werden, die durch den immer wieder eintretenden Aufschub des Attentats und die sich steigernde Gefahr eines Eingriffs der Gestapo nahezu unerträglich schien. Gleichwohl war es begreiflich, dass sie in dem Maße aufbrachen, als der Entschluss zu handeln endgültig feststand. Das Hervortreten der richtungspolitischen Gegensätze trotz der auf allen Seiten vorhandenen Bereitschaft zur Verständigung deutete darauf hin, dass sich die Bewegung des 20. Juli nicht länger in mittel- und langfristigen Planungen, die rebus sic stantibus vielfach theoretischen Charakter besitzen mussten, erschöpfte, sondern den überfälligen Schritt zu konkreter politischer Gestaltung getan hatte.

Zugleich wirkte der psychologische Druck ein, den die Existenz des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ ausübte, dessen Einfluss von den Verschwörern eher überbewertet wurde.⁷³ Aus gleichartigen Erwägungen heraus entschlossen sich Leber und Reichwein, Kontakte zum kommunistischen Widerstand zu knüpfen. Folgt man den Angaben Emil Henks, ließ der kommunistische Partner bei dem Anfang Juli 1944 stattfindenden Treffen Kooperationsbereitschaft erkennen, doch lag es schwerlich im Interesse der Moskauer Führung, sich zu einem so späten Zeitpunkt, an dem der militärische Zusammenbruch des Reiches unmittelbar bevorstand, durch ein solches Bündnis die Hände zu binden. Nach dem Scheitern des Attentats wurde die Verschwörung von kommunistischer Seite eindeutig desavouiert.⁷⁴ Der politische Sinn der Fühlungnahme lag, was die Haltung der Saefkow-Gruppe anging, in dem nicht von vornherein aussichtslosen Versuch, eine begrenzte Kooperation sicherzustellen. Für den Umsturzfall war eine Klärung der Frage, wie sich die Kommunisten verhalten würden, zweifellos vorteilhaft. Zugleich erfolgte die Kontaktaufnahme in der Absicht, dadurch einer von der Sowjetunion gesteuerten Bolschewisierung vorzubeugen. So problematisch dies auch war, so hatte das Treffen mit den Kommunisten doch nichts mit einer von Gisevius Stauffenberg unterstellten Ostorientierung zu tun.⁷⁵

Überblickt man den Weg, den die Bewegung des 20. Juli seit ihrer Neuformierung von Ende 1940 genommen hat, so tritt der Tatbestand hervor, dass sich die Repräsentanten der organisierten Arbeiterbewegung, obwohl sie im Verschwörererkreis nur eine Minderheit darstellten, in wichtigen programmatischen Fragen sehr weitgehend durchzusetzen vermochten. Sie übten zugleich maßgeblichen Einfluss auf die zivile Umsturzplanung aus. Zudem drängten sie in der Spätphase immer wieder zu unverzüglichem Handeln, und auf sie ging es vornehmlich zurück, dass die vorher vergleichsweise selbstständig vorgehenden Widerstandsgruppen an die Erarbeitung einer gemeinsamen politischen Plattform schritten. Der überproportionale Einfluss der Sozialisten hing nicht nur damit zusammen, dass Männer wie Leber, Leuschner, Mierendorff und Haubach im Ganzen über größere praktische politische Erfahrung verfügten, als dies bei der großen Mehrheit der nationalkonservativ eingestellten Partner der Fall war. Entscheidend war vielmehr die schrittweise vordringende Erkenntnis, dass es unmöglich war, einen Umsturz gegen die Kräfte der Arbeiterschaft politisch abzusichern.

Ob die sowohl von Leuschner wie von Leber, wenngleich in unterschiedlicher Form, erhoffte Mobilisierung der Industriearbeiterschaft für den Umsturzfall wirklich eingetreten wäre, wenn der Staatsstreich nicht sofort erstickt worden wäre, bleibt jedoch Gegenstand der Vermutung. Wahrscheinlich hätten größere Teile auch der ehemals sozialistischen Arbeiterschaft eher abwartend reagiert oder doch Vorbehalte gegen den bürgerlichen Charakter der provisorischen Regierung erkennen lassen. Gleichwohl musste alles getan werden, um die Arbeiterschaft als am ehesten oppositionelle Kraft für die Umsturzregierung zu gewinnen, die weder außenpolitische noch militärische Erfolge vorweisen konnte. Bei den Vertretern der Arbeiterbewegung bestand hingegen Klarheit darüber, dass die sozialdemokratische Opposition, auf sich allein gestellt, keinerlei Wirkungsmöglichkeiten besaß, ähnlich wie die illegale KPD, welche trotz heroischer Anstrengungen, die Voraussetzungen für eine Massenbasis zu schaffen, zu keinem Zeitpunkt über ihre eigenen Kader hinausgelangte und ihre Kräfte ganz überwiegend in der Regenerierung des illegalen Apparats erschöpfte.

Die Zielsetzungen sowohl der Gewerkschaftler wie der Sozialisten des Kreisauer Kreises lehnten sich in vieler Hinsicht an die nationalkonservativen Reformideen an. Nur Leber wurde sich bewusst, dass bei einem Umsturz, der mit der militärischen Niederlage zusammenfallen würde, auch die innenpolitischen Voraussetzungen für das Bündnis mit den konservativen Eliten entfielen.⁷⁶ Der Entschluss, trotz einer zunehmend aussichtslos erscheinenden Situation das Risiko des Umsturzes einzugehen, erfolgte jedoch jenseits allen interessenpolitischen und strategischen Kalküls. Er wurzelte in der gemeinsamen Überzeugung, dass nur bedingungsloses Eintreten für Menschlichkeit und Freiheit gegenüber einem über alle Maßen verbrecherischen Gewaltregime die Glaubwürdigkeit politischen Handelns überhaupt wiederherzustellen vermag.

¹ Vgl. zur Politik der SPD vor der nationalsozialistischen Machteroberung Erich Matthias: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Erich Matthias/Rudolf Morsey (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960, S. 127 ff.; Hagen Schulze: Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstands der deutschen Sozialdemokratie 1932/33 (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 4), Bonn-Bad Godesberg 1975, S. XIX ff.; zur KPD neben der Darstellung von Siegfried Bahne in Matthias/Morsey, Ende der Parteien, S. 656 ff. vor allem Hermann Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Bd. 1, Frankfurt 1969, S. 242 ff.

² Vgl. Horst Duhnke: Die KPD von 1933 bis 1945, Köln 1972, S. 62 ff.; Klaus Schönhoven: Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus, in: Rudolf Lill/Heinrich Oberreuter (Hrsg.): Machtverfall und Machtergreifung. Aufstieg und Herrschaft des Nationalsozialismus, München 1983, S. 223-250; s. auch Konrad Repgen: Ein KPD-Verbot im Jahre 1933, in: HZ 240 (1985), S. 90 ff. Vgl. ferner den Überblick in Karl Dietrich Bracher/Wolfgang Sauer/Gerhard Schulz: Die nationalsozialistische Machtergreifung, Köln/Opladen 1960, S. 62 und 193 ff.

³ Vgl. Gerhard Beier: Zur Entstehung des Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften Ende April 1933, in: Archiv für Sozialgeschichte XV (1975), S. 234 ff.; ders.: Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933, Frankfurt 1975. Zum historisch-politischen Hintergrund s. auch Hans Mommsen: Die deutschen Gewerkschaften zwischen Anpassung und Widerstand, in: ders.: Arbeiterbewegung und nationale Frage, Göttingen 1978, S. 367 f. Vgl. ferner die materialreiche, aber einseitige Darstellung der Gewerkschaftspolitik dieser Phase bei Hannes Heer: Burgfrieden oder Klassenkampf. Zur Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaften 1930-1933, Neuwied 1971, S. 68 ff.

⁴ Vgl. Almut Schunck/Hans-Josef Steinberg: Mit Wahlen und Waffen. Der Weg der österreichischen Sozialdemokratie in die Niederlage, in: W. Huber/J. Schwerdtfeger (Hrsg.): Frieden, Gewalt, Sozialismus. Studien zur Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung, Stuttgart 1976, S. 464 ff.; Hans Mommsen: Sozialdemokratie in der Defensive, in: ders. (Hrsg.): Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, Frankfurt 1974, S. 115.

⁵ Vgl. Patrik von zur Mühlen: Sozialdemokraten gegen Hitler, in: Richard Löwenthal/Patrik von zur Mühlen (Hrsg.): Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945, Berlin 1982, S. 59 ff.; vgl. auch die Übersicht bei Peter Grasmann: Sozialdemokraten gegen Hitler 1933-1945, München 1976.

⁶ Vgl. Erich Matthias, Sozialdemokratische Partei, S. 144.

- ⁷ Vgl. Dorothea Beck: Julius Leber. Sozialdemokrat zwischen Reform und Widerstand, Berlin 1983, S. 143 ff.
- ⁸ Vgl. Hans-Gerd Schumann: Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Vernichtung der deutschen Gewerkschaften und der Ausbau der „Deutschen Arbeitsfront“, Hannover 1958, S. 128 sowie Timothy W. Mason: Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936-1939, Opladen 1975, S. 89 f.
- ⁹ Vgl. Walter Ulbricht: Die Legende vom „deutschen Sozialismus“, Berlin 1945, S. 61 f.
- ¹⁰ Vgl. Deutschlandberichte der Sozialdemokratischen Partei (Sopade) 1934-1940, 7 Bde., Frankfurt 1980.
- ¹¹ Vgl. Patrik von zur Mühlen, Sozialdemokratie, S. 66 f.; Frank Moraw: Die Parole der „Einheit“ und die Sozialdemokratie, Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 53; vgl. auch Hans Mommsen: Aktionsformen und Bedingungen des Widerstands in der Arbeiterschaft, in: Widerstandsbewegungen in Deutschland und Polen während des Zweiten Weltkriegs (= Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung 22/I), Braunschweig 1983, S. 70 ff.
- ¹² Vgl. Joachim G. Leithäuser: Wilhelm Leuschner. Ein Leben für die Republik, Köln 1962, S. 170 f., 181 ff.; Elfriede Nebgen: Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer, Stuttgart 1967, S. 39 ff. Gerhard Beiers Einschätzung der illegalen Reichsleitung (s. ders., Die illegale Reichsleitung, S. 45 f.) ist, was den dauernden organisatorischen Zusammenhalt angeht, zu optimistisch.
- ¹³ Vgl. Frank Moraw, Die Parole der „Einheit“, S. 49 ff.
- ¹⁴ Zum Solf-Kreis vgl. den Überblick bei Peter Hoffmann: Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, München 1969, S. 51.
- ¹⁵ In der Literatur hält sich zäh die Annahme, dies sei durch die Teilnahme eines Spitzels geschehen. Nach der dem Verfasser mündlich gegebenen Aussage Theodor Steltzers ist eher an einen abgehörten Telefonanruf zu denken.
- ¹⁶ Vgl. Ger van Roon: Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis in der deutschen Widerstandsbewegung, München 1967, bes. S. 123 ff.
- ¹⁷ Vgl. Hans Mommsen, Gesellschaftsbild, S. 18 f.; ders.: Der Widerstand gegen Hitler und die deutsche Gesellschaft, in: HZ 241 (1985), S. 90.
- ¹⁸ Vgl. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, S. 79 ff.
- ¹⁹ Vgl. Frank Moraw, Parole der „Einheit“, S. 47; Nebgen, Jakob Kaiser, S. 72 ff.; Mommsen, Die deutschen Gewerkschaften, S. 377.
- ²⁰ Emil Henk: Die Tragödie des 20. Juli 1944, Heidelberg 1946, S. 43 ff.
- ²¹ Zu Habermann vgl. Nebgen, Jakob Kaiser, S. 50 ff.
- ²² Vgl. Axel Schildt: Militärdiktatur und Massenbasis. Die Querfrontkonzeption der Reichswehrführung um General von Schleicher am Ende der Weimarer Republik. Frankfurt 1981, S. 166 ff.
- ²³ Vgl. Mommsen, Gesellschaftsbild, S. 63 f.
- ²⁴ Vgl. Dorothea Beck, Julius Leber, S. 168 f.
- ²⁵ Vgl. den eher sanguinischen Bericht Emil Henks, Die Tragödie des 20. Juli, S. 48 ff. über die in Hessen für den Umsturz getroffenen Vorbereitungen. Sie sind zweifellos als Ausnahme anzusehen. Hingegen wurde die gewerkschaftliche Personalplanung Leuschners weitgehend aufgedeckt.
- ²⁶ Vgl. Spiegelbild einer Verschwörung. Die Kaltenbrunner-Berichte an Bormann und Hitler über das Attentat des 20. Juli 1944, hrsg. vom Archiv Peter, Stuttgart 1961, S. 496 ff.; Beier, Die Entstehung des Führerkreises, S. 385 ff.; vgl. ferner Leithäuser, Leuschner, S. 215.
- ²⁷ Denkschrift „Das Ziel“, in: Wilhelm Ritter von Schramm (Hrsg.): Beck und Goerdeler. Gemeinschaftsdokumente für den Frieden 1941-1944, München 1965, S. 117.
- ²⁸ Vgl. Gerhard Ritter: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Neuausgabe München, 1964, S. 293 f.
- ²⁹ Die Auffassung von Günter Schmölders, dass der Kreisauer Kreis die Verstaatlichung der Grundstoffindustrie abgelehnt hätte (ders.: Personalistischer Sozialismus. Die Wirtschaftsordnungskonzeption des Kreisauer Kreises der deutschen Widerstandsbewegung, Opladen 1969, S. 51 ff.) trifft nicht zu.
- ³⁰ Vorstellungen dieser Art wurden insbesondere durch Walberberg repräsentiert; vgl. Mommsen, Gesellschaftsbild, S. 245, Anm. 21.
- ³¹ Vgl. Friedrich Zunkel: Industrie und Staatssozialismus. Der Kampf um die Wirtschaftsordnung in Deutschland 1914-1918, Düsseldorf 1974.
- ³² Vgl. Moltkes Brief an Lionel Curtis vom 18. April 1942, abgedruckt in: Freya von Moltke/Michael Balfour/Julian Frisby: Helmut James von Moltke 1907-1945, Stuttgart 1975, S. 185.
- ³³ Vgl. Ger van Roon, Neuordnung, S. 569.
- ³⁴ Vgl. ebd., S. 429 f.; Mommsen, Gesellschaftsbild, S. 76 ff.
- ³⁵ Vgl. Christiane Blumenberg-Lampe: Das wirtschaftliche Programm der „Freiburger Kreise“. Entwurf einer freiheitlich-sozialen Nachkriegswirtschaft, Berlin 1973; Schmölders, Personalistischer Sozialismus, S. 40 ff.
- ³⁶ Vgl. Ritter, Carl Goerdeler, S. 55 f. Goerdeler war ein dezidiert Gegner des Achtstundentags. Zum zeitgenössischen Hintergrund vgl. Claus-Dieter Krohn: Autoritärer Kapitalismus. Wirtschaftsordnungen im Übergang von der Weimarer Republik zum Nationalsozialismus, in: Dirk Stegmann/Bernd-Jürgen Wendt/Peter Christian Witt (Hrsg.): Industrielle Gesellschaft und politisches System. Beiträge zur politischen Sozialgeschichte, Bonn 1978, S. 120 ff.

- ³⁷ Vgl. Ritter, Carl Goerdeler, S. 305 f.
- ³⁸ Vgl. Ritter, Carl Goerdeler, S. 315 f.; Mommsen, Gesellschaftsbild, S. 62 und die dort gegebenen Belege.
- ³⁹ Vgl. Kaltenbrunner-Berichte, S. 497 f.
- ⁴⁰ Kaltenbrunner-Berichte, S. 599 f.
- ⁴¹ Vgl. Nebgen, Jakob Kaiser, S. 166; vgl. Larry E. Jones: Adam Stegerwald und die Krise des deutschen Parteiensystems, in: VfZ 20 (1979), S. 1-29; Mommsen, Gesellschaftsbild, S. 74 ff.
- ⁴² Vgl. ebenda, S. 58 f.
- ⁴³ Vgl. Ger van Roon, Neuordnung, S. 390 ff.; Mommsen, Gesellschaftsbild, S. 52 ff.
- ⁴⁴ Vgl. Martin Martiny: Die Entstehung und politische Bedeutung der „Neuen Blätter für den Sozialismus“ und ihres Freundeskreises, in: VfZ 25 (1977), S. 373-419; Ger van Roon, Neuordnung, S. 123 ff.; Moraw, Die Parole der „Einheit“, S. 13 ff.; Ursula Schulz (Hrsg.): Adolf Reichwein. Ein Lebensbild, München 1977, bes. S. 261 f.
- ⁴⁵ Vgl. Walter Hammer: Theo Haubach zum Gedächtnis, Frankfurt 1955; Ger van Roon, Neuordnung, S. 181 ff.
- ⁴⁶ Vgl. Ger van Roon, Neuordnung, S. 228 ff.; Moltke/Balfour/Frisby, Moltke, S. 180; vgl. S. 232.
- ⁴⁷ Während Moltke Leuschner den Decknamen „Onkel“ beilegte, nannte er Leber auch den „Ersatzonkel“, was die Hoffnungen beleuchtet, die er auf den Sozialdemokraten setzte. Vgl. Moltke/Balfour/Frisby, Moltke, S. 275 f., 278 f.
- ⁴⁸ Vgl. Beck, Julius Leber, S. 177 ff.
- ⁴⁹ Die so genannte Türkei-Denkschrift, abgedruckt bei Ger van Roon, Neuordnung, S. 582 ff.; vgl. ebd. S. 322.
- ⁵⁰ Emil Henk berichtet von einem Treffen der sozialistischen Mitglieder des Kreisauer Kreises Weihnachten 1942, auf dem man zu der Übereinstimmung gekommen sei, einen Umsturzversuch bis zur alliierten Invasion, mit der man zu diesem Zeitpunkt rechnete, aufzuschieben, um ein sowjetisches Übergewicht auf dem Kontinent zu verhindern; Leuschner soll diesem Standpunkt schweren Herzens zugestimmt haben. Vgl. Die Tragödie des 20. Juli, S. 35 f.
- ⁵¹ Vgl. Mommsen, Gesellschaftsbild, S. 61 ff.
- ⁵² Kaltenbrunner-Berichte, S. 188.
- ⁵³ Vgl. ebd., S. 465.
- ⁵⁴ Vgl. Dorothea Beck, Julius Leber, S. 183 f.
- ⁵⁵ Belege bei Mommsen, Gesellschaftsbild, S. 83 ff.
- ⁵⁶ Vgl. Hans Mommsen: Verfassungs- und Verwaltungsreformpläne der Widerstandsgruppen des 20. Juli 1944, in: Jürgen Schmädke/Peter Steinbach (Hrsg.): Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München 1985, S. 570 ff.
- ⁵⁷ Vgl. Kaltenbrunner-Berichte, S. 497.
- ⁵⁸ Text bei Ger van Roon, Neuordnung, S. 589; vgl. ebd., S. 260; vgl. Mommsen, Gesellschaftsbild, S. 80 sowie Kaltenbrunner-Berichte, S. 501.
- ⁵⁹ Vgl. Moltke/Balfour/Frisby, Moltke, S. 275 f.
- ⁶⁰ Ich verdanke die Kenntnis dieses Problemkomplexes Frau Birgit Schulze, die zurzeit in Bochum eine Dissertation über Heinrich Himmler als Reichsminister des Innern abschließt.
- ⁶¹ Vgl. Eberhard Zeller: Der Geist der Freiheit. Der zwanzigste Juli, München 1963, S. 107.
- ⁶² Vgl. die Türkei-Denkschrift Moltkes bei Ger van Roon, Neuordnung, S. 585.
- ⁶³ Vgl. Mommsen, Gesellschaftsbild, S. 79.
- ⁶⁴ Vgl. Kaltenbrunner-Berichte, S. 234 f. und 501 sowie Mommsen, Gesellschaftsbild, S. 82.
- ⁶⁵ Vgl. Christiane Blumenberg-Lampe: Das wirtschaftliche Programm der „Freiburger Kreise“; Schmolders, Personalistischer Sozialismus, bes. S. 57 ff.; Mommsen, Gesellschaftsbild, S. 40 ff.
- ⁶⁶ Vgl. die Denkschrift von Schmolders: Wirtschaft und Wirtschaftsführung in einem Europa-Block nach dem Kriege, ebd., S. 78 f., 89 f.
- ⁶⁷ Vgl. ebd., S. 57 ff. sowie die Studie von Ludolf Herbst: Der totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft. Die Kriegswirtschaft im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Propaganda 1939-1945, Stuttgart 1982, die ähnliche Überlegungen im Umkreis Otto Ohlendorfs nachweist.
- ⁶⁸ Zu den sozialpolitischen Auffassungen Schulenburgs vgl. Hans Mommsen: Fritz-Dietlof von der Schulenburg und die preußische Tradition, in: VfZ 32 (1984), S. 232 f.; Ritter, Carl Goerdeler, S. 312 f.
- ⁶⁹ Vgl. Mommsen, Gesellschaftsbild, S. 42 f.
- ⁷⁰ Vgl. Balfour/Frisby/Moltke, Helmuth von Moltke, S. 204 ff., 355 ff.
- ⁷¹ Vgl. Joachim Kramarz: Claus Graf Stauffenberg, Frankfurt 1965, S. 172 ff.; Kaltenbrunner-Berichte, S. 234, 538.
- ⁷² Zusammenfassend s. Mommsen, Verfassungs- und Verwaltungsreformpläne, S. 583 ff.
- ⁷³ Vgl. Memorandum mit Plänen Moltkes vom Dezember 1943, bei Ger van Roon, Neuordnung, S. 583; Mommsen, Gesellschaftsbild, S. 80 f.
- ⁷⁴ Vgl. Henk, Die Tragödie des 20. Juli, S. 52 f.; zur Strategie der operativen KP-Inlandsleitung vgl. Detlev Peukert: Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933-1945, Wuppertal 1980, S. 415 f.
- ⁷⁵ Vgl. die irreführende Darstellung bei Hans Bernd Gisevius: Bis zum bitteren Ende, Bd. 2, Hamburg 1947.
- ⁷⁶ Vgl. Kaltenbrunner-Berichte, S. 497, 512.